

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Stinnes bei den Franzosen.

Hugo Stinnes hat in diesen Tagen wieder einmal ausgiebig die Öffentlichkeit beschäftigt. Anlaß dazu bot die von ihm intrigierte Regierungskrise und seine Verhandlungen mit dem General Degoutte in Düsseldorf. Seine alte Taktik, im Hintergrund zu bleiben und durch Drahtzieher seine Geschäfte besorgen zu lassen, muß nun Herr Stinnes, angesichts der von allen Seiten auf ihn niederprasselnden Angriffe aufgeben. Zum ersten Male ergreift er selbst das Wort. In einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wendet er sich gegen die Angriffe, die am Sonntag Georg Bernhard in der „Voss. Ztg.“ wegen seiner unterirdischen Minierarbeit, die unter dem Deckmantel des Patriotismus die nachtesten Geschäftsinteressen vertritt, gegen ihn erhoben hatte.

Auf den Rechtfertigungsversuch von Stinnes werden wir noch ausführlich eingehen. Jetzt sei nur auf folgende zwei Tatsachen hingewiesen, die klar erkennen lassen, daß bei Stinnes Politik nur das Mittel zum guten Geschäft ist und daß deutsche Interessen ihm außerordentlich feil sind, wenn er durch ihre Preisgabe eigene Interessen fördern kann.

Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe die Forderungen der rheinischen Industriellen an die Reichsregierung wiedergegeben, die durch Hugo Stinnes übermittelt wurden. Was bedeuten sie?

1. Die Abdankung des Reiches vor der Großindustrie, die Auslieferung der deutschen Souveränität an eine handvoll Leute, denen das deutsche Vaterland nichts, der Geldbeutel alles bedeutet.

2. Befreiung aller Verpflichtungen der Industrie, die der Aufrechterhaltung der Staats- und Volkswirtschaft dienen. Dazu gehören die Befreiung der Kohlensteuer und die Befreiung der öffentlichen Bewirtschaftung der Kohle.

3. Mit der Befreiung aller Verpflichtungen der Industrie gegenüber dem Staat und der Wirtschaft wird verbunden der Versuch, den Arbeitern und Angestellten erhöhte Lasten aufzuerlegen. Die Arbeitszeit soll auf den Vorkriegsstand ausgedehnt werden und war bei gleichbleibendem Lohn. Sämtliche Demobilisierungsverordnungen sollen beseitigt werden, also sowohl der Entlassungsschutz als auch die Verbindlichkeits-erklärung von Tarifverträgen, die Stilllegungsverordnung und dergleichen.

Zeigen diese Forderungen bereits, wie strupellos die rheinischen Industriellen vorgehen, nachdem die Arbeiter neun Monate lang die größten Opfer gebracht haben, so ist es glatter Landesverrat, daß diese selben Leute die Hilfe der französischen Bajonette gegen die deutsche Gesetzgebung und gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten in Anspruch nehmen. Alle Angaben, daß der General Degoutte die Einführung des Zehnstundentages gefordert habe, sind glatt erlogen. Sie stammen aus der Stinnes-Hugenberg-Preße und sollen den gemeingefährlichen Anschlag verdecken, den Stinnes und seine Freunde seit langem vorbereitet haben. In Wirklichkeit hat Stinnes bei den Verhandlungen, die zwischen ihm, Klotzer, Wöglar und dem General Degoutte in der letzten Woche in Düsseldorf stattfanden, an den französischen General das Ersuchen gerichtet, die deutschen Industriellen bei der Einführung der Vorkriegsarbeitszeit zu unterstützen. Was aber hat der französische General darauf geantwortet? Die Regelung der Arbeitszeit sei nicht Frankreichs Angelegenheit, sondern Gegenstand der deutschen Gesetzgebung. Bei dem Ruhrstreik habe Frankreich erklärt, es werde die deutschen Befehle und Verordnungen achten. Von diesem Standpunkte weiche er nicht ab, besonders nicht, da der 11. September im Versailler Vertrag ausdrücklich anerkannt sei.

Der französische General schüht also den Achtstundentag, den Stinnes und seine Genossen mit Hilfe der französischen Bajonette zu befähigen trachten. Wenn das nicht Landesverrat ist, so gibt es überhaupt keinen. Wir möchten einmal sehen, was die Herren der Industrie sagen würden, wenn deutsche Gewerkschaftsführer den Franzosen anbieten würden, sie wollten ihnen bei der Erfüllung der Kohlenlieferung gegen den Willen der deutschen Industrie und gegen die gesetzlichen Vorschriften behilflich sein. Wahrscheinlich würde keiner dieser Gewerkschaftsführer 24 Stunden später sich noch auf freiem Fuß befinden. Herr Stinnes aber ist nicht nur Mitglied der Deutschen Volkspartei, sondern auch Mitglied des Deutschen Reichstages!

### Bei Degoutte...

Paris, 9. Oktober. (eca.) Ein längerer Artikel des „Matin“ gibt eine Darstellung der Verhandlungen zwischen General Degoutte und Stinnes. Auf die Frage, welches seine Ablichten seien, erklärte Stinnes, er verlange zunächst eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden in den Gruben und von 10 Stunden in den Hütten.

Indem er behauptete, daß nur eine intensive Arbeit der deutschen Industrie die Zahlung der Reparationen gestalten würde. Der französische Delegierte wies erwidert, diese Meinung zu unterstützen. „Gut“, erklärte darauf Stinnes, „wir werden das selber übernehmen“. Stinnes verlangte darauf, daß die französische Regierung die Rückkehr der Ingenieure, Werkmeister und Spezialarbeiter gestalte, die für die Wiederingliederung der

Hütten und Gruben unbedingt notwendig seien. Auch hier wies er die französische Delegierte und erklärte, daß die französische Regierung von sich aus zur gegebenen Zeit die Maßnahmen ins Auge fassen werde, die sie für richtig halte. Stinnes habe alsdann verlangt, daß Frankreich die Besetzung der Hütten und Koteleien sowie der Gruben ausbebe, die Frankreich in Regie genommen habe, mit der Behauptung, daß das Ertragnis der deutschen Arbeiter größer sein werde, wenn sie unter der Leitung der gewohnten Techniker arbeiten würden. Er fügte hinzu, daß man Frankreich die nötigen Mengen an Erzen und Kohlen verbürge, die es verlangen würde. Der französische Vertreter erklärte, daß die Gruben und Hütten in erster Linie für Frankreich ein Pfand seien für die Durchführung der Bedingungen, die Frankreich späterhin für die Wiederaufnahme der Arbeit verlangen würde. Stinnes fragte dann weiter: „Können Sie uns Vorschläge geben, die uns gestatten, unsere Industrie wieder in Gang zu bringen?“ Der französische Delegierte sagte ihm darauf, er müsse das Geld sich anderswo suchen, als bei den Franzosen, die selbst auf Geld warteten. Stinnes erklärte dann, daß, wenn man im Ausland nicht den Eindruck hätte, daß die Verhandlungen wenigstens den Anfang eines Abkommens bilden würden, man niemals in die Lage kommen würde, eine Anleihe aufzunehmen. Er selbst habe in diesem Sinne in Amerika einen Misserfolg erlitten. Der französische Delegierte meinte darauf, Stinnes müsse doch

### In Deutschland selbst Geldgeber

finden können. Stinnes habe schließlich erklärt, daß er in Berlin über seine Mission berichten werde und verlangt, daß der französische Delegierte mit dem Direktor des Kohlenhandlats in Verbindung bleibe. Der französische Delegierte weigerte sich, mit dieser Persönlichkeit zu verhandeln.

### Abkommen der Phönix-Gruppe mit Frankreich.

Paris, 9. Oktober. (CP.) Am 7. Oktober ist ein Abkommen zwischen General Degoutte und der Gruppe Phönix sowie den Stahlwerken abgeschlossen worden, an deren Spitze Otto Wolff, Carp, Stein und der Holländer van Bilsingen stehen. Diese Gruppe stellt 10 Proz. der Gesamtproduktion der Ruhr dar. Das Abkommen ist auf der Grundlage der französischen Vorschläge vom 11. Juni 1923 abgeschlossen. Sein Hauptinhalt ist der folgende:

1. Die Gruppe Phönix muß der deutschen Regierung die Kohlensteuern für die drei letzten Monate 1922, die nicht bezahlt worden waren, entrichten, um es der Gruppe unmöglich zu machen, zu billigen Kohlen auf den Markt zu werfen. Für die Produktion, die zwischen dem 11. Januar und dem Tage der Unterzeichnung liegt, muß die Kohlensteuer an die Besatzungsmächte abgeliefert werden. Für die Kohlen, die auf Reparationskonto geliefert werden, braucht dagegen keine Steuer bezahlt werden.

2. Die Menge, die von der Gruppe Phönix für Reparationskonto geliefert wird, wird im gleichen Verhältnis stehen wie die Produktion der Gruppe zur Gesamtproduktion der Ruhr.

3. Die Lieferungen für die Besatzungstruppen und die rheinische Eisenbahnregie haben ein Prioritätsrecht. Die anderen Lieferungen werden durch Restitutions- und Aufschneide vorgenommen werden.

4. Die Metallvorräte werden freigegeben im gleichen Maße, wie die geordneten Kohlen- und Kokslieferungen beigegeben sind und wie die Kohlensteuern bezahlt werden.

5. Sobald diese Bedingungen erfüllt sind, wird der Gruppe Phönix gestattet werden, Kohlen und andere Erzeugnisse in Deutschland zu verkaufen. Es ist der Gruppe auch die Erlaubnis erteilt worden, eine bestimmte Zahl von tausenden Tonnen ins Ausland zu verkaufen.

6. Für alle Verkäufe außerhalb des Ruhrgebietes müssen von der französischen Kohlen- und Fabrikenkommission Auswechsellinien eingeholt werden. Wenn die Phönixgruppe ihre Verpflichtungen nicht halten würde, so würde die Erlaubnis, ihre Produkte nach außen hin zu verkaufen, in dem gleichen Maße eingeschränkt werden, wie sie ihre Verpflichtungen nicht hält, und wenn andere Gruppen dem Beispiel der Gruppe Phönix folgen, so würden diejenigen Gruppen, die ihre Verpflichtungen halten, auf Kosten derer bevorzugt werden, die die französischen Bedingungen nicht oder nicht ganz annehmen wollen.

Der „Matin“ schreibt, daß als Schlussfolgerung dieses Abkommens für die deutsche Regierung die sofortige Notwendigkeit vorliegt, sich mit der Eisenbahnregie zu verständigen, um die Wiederaufnahme der Arbeit auf den deutschen Eisenbahnen zu ermöglichen. Denn ohne die Wiederaufnahme der Arbeit der deutschen Eisenbahnen sei es den Gruben und Fabrikanten der Ruhr unmöglich, ihre Produkte außerhalb des Ruhrgebietes zu verkaufen.

### Dollar 1,2 Milliarde.

Am Devisenmarkt nimmt das Verhängnis seinen Lauf. Die innen- und außenpolitische Lage wird in Berliner Finanzkreisen trotz des allgemeinen befruchtenden Verkaufes der gestrigen Reichstagsdebatte sehr pessimistisch beurteilt. Das gleiche gilt von den Währungsverhältnissen. Im heutigen offiziellen Devisenwert steigt der Dollar von 1,8 Milliarden auf 1,6 Milliarden. Punde erreichten vor der amtlichen Notierung eine Höhe von 7 Milliarden. Bei der amtlichen Kursfestsetzung wurden wesentlich niedrigere Notierungen festgesetzt, da man annahm, daß die Kurse des Freiverkehrs nur auf ganz geringen Umsätzen beruhen. Amtlich notierte Kabel New York mit 1200 Millionen bei sechszwanzigprozentiger Zuteilung, London 5,5 Milliarden bei achtprozentiger Zuteilung, Holland 475 Millionen bei fünfprozentiger Zuteilung.

## Koalition und Einzelstaaten.

Zur gestrigen Reichstagsdebatte.

Die gestrige Reichstagsdebatte war nicht nur sehr lang, sondern auch in einzelnen Teilen politisch bedeutend. Es verlohnt sich daher, auf sie zurückzukommen.

Zunächst noch ein Wort über die Abstimmungen. Die Botierung des Vertrauens an die Regierung durch die Parteien, auf die sie sich stützt, ist weiter nichts als ein selbstverständlicher Vorgang. Da die Mehrheitsverhältnisse klar waren, verzichtete man auf namentliche Abstimmung. Gegen das Vertrauensvotum stimmte außer der äußersten Rechten und der äußersten Linken auch die Bayerische Volkspartei.

Eine besondere Rolle spielte bei den Abstimmungen die bayerische Frage. Hier lagen die Dinge äußerst kompliziert. Die Sozialdemokratie konnte für die Aufhebung des Reichsausnahmestandes nicht stimmen, weil im Fall der Annahme dieses Antrages der bayerische Ausnahmezustand konkurrenzlos dagesunden hätte, der Sieg Rahrs also vollkommen gewesen wäre. Die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes zu beschließen, dazu waren die bürgerlichen Parteien nicht zu bringen, außerdem stand einer solchen Beschlußfassung das Argument entgegen, daß der bayerische Ausnahmezustand durch den Reichsausnahmestand rechtlich bereits aufgehoben sei. Dieser Rechtsauffassung hatte der Reichskanzler in seiner Rede vom Sonnabend mit folgenden Worten Ausdruck gegeben:

Die Rechtslage bei dem Nebeneinander der beiden Ausnahmezustände in Bayern und im Reich kann nicht zweifelhaft sein. Die für das gesamte Reichsgebiet erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ist Reichsrecht, welches dem Landesrecht in jeder Form vorgeht, also auch landesrechtlichen Verordnungen, die auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung ergehen. Solche einstweiligen Maßnahmen zu treffen, ist nur ein provisorisches Recht der Länder, es muß nach Sinn und Wortlaut des Art. 48 Abs. 2 einer Verordnung des Reichspräsidenten weichen.

An diesem Punkt hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein, indem sie den folgenden Antrag stellte und zur Annahme brachte:

Der Reichstag billigt die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Verordnung vom 26. September 1923 und er-martet, daß die Reichsregierung baldigst eine Klärung der Lage herbeiführt.

Damit ist eine staatsrechtliche Plattform für das weitere Vorgehen geschaffen, und es wird Sache der Sozialdemokratie sein, dafür zu sorgen, daß sie auch ausgenutzt wird. Es ist mehr erreicht, als wenn der Reichstag die durch Verordnung des Reichspräsidenten rechtlich aufgehobene bayerische Verordnung durch Beschluß noch einmal rechtlich aufgehoben hätte, ohne damit eine praktische Wirkung zu erzielen. Verhängnisvoll wäre es dagegen gewesen, wenn der Reichstag den kommunistischen Antrag abgelehnt hätte, denn dann hätte sich jeder bayerische Staatsanwalt darauf berufen, daß der Reichstag die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes abgelehnt habe, dieser also zu Recht bestehe. Es war daher richtig, wenn die Sozialdemokratie nicht ohne weiteres für den kommunistischen Antrag stimmte, sondern seine Ueberweisung an den Rechtsausschuß erzielte.

Bei den kommunistischen Anträgen gegen den bayerischen Streikulas und das bayerische Kommunistsengesetz lagen ähnliche juristische Bedenken nicht vor. Die Sozialdemokratie stimmte für sie, blieb aber in der Minderheit. Das ändert nichts daran, daß diese Dekrete des Herrn v. Rahrs rechtlich ungültig sind, weil sie auf einer rechtsungültigen Verordnung beruhen.

Nun hat der volksparteiliche Herr Dr. Scholz gegenüber dem sozialdemokratischen Verlangen nach einer Klärung der bayerischen Frage die Zustände in Sachsen und Thüringen ausgespielt und der Demokrat Dr. Koch hat ihm dabei bis zu einem gewissen Grade sekundiert. Die Herren werden aber bei näherem Zusehen bemerken, daß hier ein Vergleich gar nicht zulässig ist.

Bayern hat durch sein Festhalten an der eigenen Ausnahmeverordnung den Rechtsboden der Reichsverfassung verlassen. Sachsen und Thüringen aber sind auf ihm verblieben. Die Bildung von sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierungen in diesen Ländern ist ein verfassungsmäßig zulässiger Akt, und die Regierungen wollen mit parlamentarischen Mehrheiten regieren, die ihnen in ihren Parlamenten auch zur Verfügung stehen. Wenn sich die sächsischen und die thüringischen Kommunisten auf den Boden der Verfassung stellen, wenn sie praktische Arbeit leisten wollen, statt die Arbeiter mit unsinnigen Parolen zu verwirren und die Sozialdemokratie zu verleumden und zu beschimpfen, so soll ihnen die Möglichkeit dazu nicht verwehrt werden. So denken unsere sächsischen und thüringischen Genossen, die in einer ganz anderen Lage sind, als die Genossen im Reich und in Preußen, wo bekanntlich die Möglichkeit zur Bildung sozialdemokratisch-kommunistischer Parlamentsmehrheiten nicht besteht. Gefördert wurde ihr Beschluß natürlich durch die Vorgänge in Bayern. Es besteht die Gefahr, daß von Bayern aus ein reaktionärer Gewaltvorstoß gegen das Reich erfolgt. Durch die Umbildung der Regierungen in Sachsen und Thüringen soll ein Wall gegen einen solchen Vorstoß geschaffen werden; man muß im Interesse des Reiches wünschen, daß dieser Versuch gelingt.

Die Sozialdemokratie muß in jeder Koalition ihre grundsätzliche Selbständigkeit aufrechterhalten. Sie wird durch die Koalition mit Bürgerlichen nicht kapita-



listisch und durch die Koalition mit Kommunisten nicht bolschewistisch. Sie vertritt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, die nach ihrer Ueberzeugung nur auf dem Boden der demokratischen Republik gefördert werden können. Sie steht auf dem Boden der Verfassung, die für das Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zweierlei Recht nicht kennt.

Koalitionen sind keine Liebesheiraten. Die Sozialdemokratie weiß sehr genau, was sie von den bürgerlichen Parteien trennt, ebenso wie sie weiß, was sie von den Kommunisten trennt. Sie steht in allen Regierungen, denen sie angehört, auf schwierigem Verteilungsposten. Ueberall steht sie vor derselben Aufgabe, wie sie der politischen Reaktion, dem wirtschaftlichen Scharfmachertum, dem aus Rechts- oder Linkspolitischen drohenden Chaos mit der besten praktischen Wirkung begegnen kann. Schwierigkeiten und Gefahren bestehen auf allen Seiten unermindert fort, aber der gestrige Tag hat immerhin gezeigt, daß die Bäume der Reaktion und des Scharfmachertums nicht in den Himmel wachsen. Die sozialdemokratische Politik im Reich und in Preußen ist aus einer zwingenden Notwendigkeit geboren, sie hat in Preußen sichtbare Erfolge erzielt, es muß sich zeigen, ob sie auch im Reich ihr Ziel erreichen wird, das Allerhöchste abzuwehren kann. Der Verlauf des gestrigen Tages berechtigt in dieser Beziehung zu gewissen Hoffnungen. Man soll die weitere Entwicklung der Dinge mit gespanntem Interesse, aber ohne fanatische Voreingenommenheit verfolgen und sich zweier Dinge bewußt bleiben: Erstens, daß die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen im Reich und in den Ländern nach bestem Wissen und Gewissen den Interessen des arbeitenden Volkes zu dienen bestrebt sind, und zweitens, daß die Einigkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei das letzte Aktium darstellt, über das die Arbeiterklasse verfügt.

### Der Volksverrat der Zechenbarone.

Die Meldungen der französischen Presse bestätigen nicht nur das verräterische Vorgehen der Zechenherren gegen die Arbeiterschaft, sie zeigen auch, daß sich Stinnes mit seinem Angebot eine verächtliche Ablehnung bei dem französischen Delegierten geholt hat. Dieser Fuhrtritt General Degouties unterstreicht die Tatsache, daß selbst die französischen Besatzungsbehörden, die wahrlich nicht viel für die sozialpolitischen Interessen der Arbeiterschaft übrig haben, den deutschen Zechenbaronen, die unter dem Schutze der französischen Bajonnette die alte Sklaverei im Ruhrgebiet einführen wollen, nur Verachtung schenken. Ueberflüssig zu sagen, daß das Vorgehen von Stinnes und Konsorten im Ruhrgebiet selbst einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hat. Der Sonderkorrespondent des „Berliner Tageblatts“ berichtet darüber:

Am 30. September haben in Unna Besprechungen stattgefunden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, deren Bedeutung in der gegenseitigen Feststellung lag, daß beide Teile zusammenhalten müßten, um eine erträgliche Regelung der Verhältnisse im Ruhrgebiet nach Aufgabe des passiven Widerstandes zu erzielen. Keiner der Anwesenden hat damals die Möglichkeit erkannt, daß die Führer des Zechenverbandes, Träger großer Namen nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in ganz Deutschland und in der Welt vermögen gegen den Sinn und den Inhalt der Unna-Besprechungen vorzugehen und in Düsseldorf den General Degouties in stundenlangem Unterhaltungen zum Mitsprechen ihrer Absichten macher würden. Ueber den Schlag gegen die Arbeitsordnung haben diese Herren mit General Degouties vorher gesprochen. Sie haben ihre Unterhaltung keineswegs auf die Freigabe der Besatzungsbehörden beschränkt, sondern sie haben die ganze Lage in der Ruhr von ihrem Standpunkt aus dem General vorgegetragen und selbst ihre finanziellen Räte mit ihm erörtert. Soweit ist gemiß. Ebenso ist es auch gemiß, daß hier ein Treubruch vorliegt, der einen Abgrund zwischen der Arbeiterschaft und Arbeitnehmern aufreißt und die gemeinsame Basis zerstört. Ich finde selbst in den Kreisen der ganz rechts stehenden Arbeiterschaft Entrüstung und Niedergeschlagenheit über dieses Vorgehen. Was die Befürworter jetzt getan haben, zeigt, daß ihre Be-

danken sich ausschließlich mit dem Problem ihrer wirtschaftlichen Machtposition beschäftigen. Was sie getan haben, ist unpatriotisch und antinational. Damit bekommt das Mißtrauen gegen die Absichten der Arbeitgeber, das bereits seit Monaten besteht, natürlich neue Nahrung. Nachdem die parlamentarische Krise, die man provoziert hatte, nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat, haben sich die Herren Stinnes und Konsorten an eine andere Adresse gewandt. So stellt sich das Bild dar, und wenn man diesen Herren mit dieser Darstellung unredlich tun sollte, was leider nur wenig wahrscheinlich ist, so haben sie es durch ihr Auftreten im französischen Hauptquartier verschuldet.

Nach ein anderes Moment ist bei dem ganzen Vorgehen der Zechenherren und Industriellen zu beachten: Wie das „Berliner Tageblatt“ feststellt, hat die Reise der Herren Stinnes, Klöckner, Bögel und v. Behren ohne vorherige Fühlungnahme mit der Reichsregierung stattgefunden. Ihr selbständiges Vorgehen erschwert naturgemäß die Stellung der Reichsregierung gegenüber Frankreich in außerordentlichem Maße. Schon vor etwa zwei Wochen wurde durch die offiziöse Pariser Presse die Parole ausgegeben: entweder füge sich die Reichsregierung den Bedingungen aller Forderungen Poincarés und mache in Paris und Brüssel direkte und verbesserte Vorschläge, oder die bestehenden Mächte würden sich mit den Industriellen des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zu einigen verstehen. Die Industriellen sind, wie die Düsseldorf-Besprechungen zeigen, der französischen Parole gefolgt, nicht weil sie angeblich günstige Bedingungen für eine Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet erzielen, sondern die Unterstützung der französischen Bajonnette gegen die Arbeiterschaft erlangen wollten. Der „Erfolg“ ist nun der, daß von der französischen Presse dieses Vorgehen der Industriellen gegen die deutsche Regierung ausgeklammert und ignoriert wird, man könne die Reichsregierung ignorieren, weil man durch lokale Verhandlungen mit den Industriellen mehr für Frankreich herausholen würde.

Die Gefahr, die unter diesen Umständen der deutschen Politik droht, ist riesengroß. Will die Reichsregierung nicht, daß sie zu einer Kulisse für Stinnes und Konsorten herabgewürdigt wird, denen nicht das Reichsinteresse, sondern lediglich nacktes, brutales Profitinteresse am Herzen liegt, so muß sie allen Sonderaktionen dieser Herrschaften schleunigst einen Riegel vorschieben.

### Die Militärzensur.

#### Bedrohende Aufhebung des Verbotes der „Berliner Volkszeitung“.

Die „Berliner Volkszeitung“ war noch am Sonntag Morgen erschienen, was zunächst zu der Vermutung Anlaß gab, daß das gegen sie erlassene Verbot wieder rückgängig gemacht worden wäre. In Wirklichkeit wurde ihr die Verordnung des Befehlshaberkommandos erst am Sonntag früh zugestellt; dafür ist ihre Montag-Abendausgabe nicht mehr herausgekommen.

Im Hause des gestrigen Nachmittags verhandelten Redaktion und Verlag der „Volkszeitung“ mit dem zuständigen behördlichen Stellen über das Wiedererscheinen des Blattes. Es darf bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß die anscheinend von militärischer Seite verbreitete Version, wonach der Berliner Polizeipräsident als Zivilkommissar diese politische Maßnahme mitverantwortlich hätte, in keiner Weise zutrifft. Das Ergebnis der Verhandlungen, die schließlich zwischen dem demokratischen Landtagsabgeordneten Otto Ruckelt als Chefredakteur der „Volkszeitung“ und dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Geßler als Verbefehlshaber geführt wurden, war zunächst kein endgültiges, obwohl man danach mit der Aufhebung des Verbotes rechnen konnte.

Im Zusammenhang mit diesem Verbot wurde von sozialdemokratischer Seite dem Reichswehrminister nahegelegt, die ganze Zensurverordnung vom 1. Oktober aufzuheben, die die Veröffentlichung nichtamtlicher Nachrichten

über Unruhen im Reich unterlag, da sonst dringende Anträge im Reichstago zweifellos eingebracht werden würden. Der Reichswehrminister folgte dieser Anregung und gab im Laufe der Debatte eine entsprechende Erklärung ab. Damit dürfte wohl auch die Angelegenheit der „Berliner Volkszeitung“ ihre automatische erledigung in dem von uns geforderten Sinne gefunden haben.

### Die Verhandlungen in Sachsen.

Dresden, 9. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Dr. Feigener wird im Laufe des heutigen Tages in Berlin eintreffen und dort auch eine Unterredung mit Reichskanzler Dr. Stresemann haben. Genosse Feigener hat anscheinend aus eigener Initiative diese Reise angetreten, denn auch heute war an den zuständigen Stellen von einer Einladung der Reichskanzlei noch nichts bekannt. Die Hauptaufgabe Feigners in Berlin scheint darin zu bestehen, an maßgebendster Stelle nochmals die Forderung nach einem Zivilkommissar für Sachsen zu wiederholen und durchzusetzen. Dagegen wird heute amtlich erklärt, daß nicht die Absicht bestünde oder bestanden habe, nach dem Beispiel von Bayern auch für Sachsen einen Staatskommissar zu ernennen. In den parlamentarischen Verhandlungen ist heute eine Ruhepause eingetreten, nachdem die Verhandlungen innerhalb unserer Partei über die Regierungsbildung gestern endgültig beendet worden sind. Amtlich wird zum Thema Regierungsbildung mitgeteilt, daß über die Verteilung der Ministerien wie über die Auswahl des Ministers die definitive Entscheidung erst, wie von uns bereits gemeldet, am Mittwoch in der gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion fallen soll. Eine nochmalige Verzögerung der gemeinsamen Verhandlungen ist nicht zu erwarten, da Genosse Feigener spätestens morgen vormittag wieder aus Berlin zurück erwartet wird.

Der Landtag tritt, wie angekündigt, heute zu einer kurzen Sitzung zusammen, um sich gleich darauf auf Donnerstag zu vertagen.

### Der Völkische Beobachter-Ersatz verboten.

München, 9. Oktober. Das Organ des Deutschen Kampfbundes, „Das Heimatland“, das bisher wöchentlich einmal erschienen war, ist zum dreimaligen Erscheinen übergegangen und zwar als Ersatzblatt des verbotenen „Völkischen Beobachters“ verkauft worden. Infolge dessen hat der Generalstaatskommissar auch das „Heimatland“ bis zum 14. Oktober verboten.

### Beschlagnahme kommunistischer Agitationschriften.

München, 9. Oktober. (L.) Die Münchener Polizei suchte gestern nachmittag in mehreren Stadtteilen nach kommunistischem Agitationsmaterial, das von der K.P.D.-Zentrale Berlin nach München geschickt worden war. In der Jahnstraße konnten mehrere Zentner Agitationsmaterial (Zeitschriften, Flugzettel, Kalender, Bücher und Broschüren) beschlagnahmt werden.

### Vertrauliche Sitzung der Reichskonferenz.

London, 8. Oktober. (L.) Amtlich wird gemeldet: Die Reichskonferenz widmete den heutigen Sitzungstag ausschließlich der Diskussion über Lord Curzons Erklärungen mit Bezug auf die außenpolitischen Beziehungen. Die Premierminister von Kanada, Neuseeland, Australien und Neufundland sowie der Vizepräsident des Exekutivrates des Freistaates Irland O'Higgins brachten ihre Ansichten zum Ausdruck, während Lord Peel, Staatssekretär für Indien, der Maharadscha von Amwar und Sir Bahadur Jajru für Indien sprachen. Die Konferenz beschloß einstimmig, die Verhandlungen als vollkommen vertraulich zu behandeln. Die Konferenz vertagte sich sodann bis Donnerstag und wird dann die Erörterung der Außenpolitik wieder aufnehmen.

Zum Bezirksparteitag. Genosse Dr. Herz bittet um einen Antrag zu beschließen, der unserem Bericht unterlassen ist. Er sprach u. a. von der Fraktionsminderheit der 54, denen er nicht angehört habe. In unserer Wiedergabe war daraus „auch“ geworden. Zur Beurteilung der Ausführungen des Redners ist diese Nichtbeteiligung nicht unwesentlich.

### ... das Volk schließt die Augen.

Von Egon S. Girshbutger.

Das Volk ist nicht schlummernd und schlafbedürftig. Nicht Müdigkeit überfällt uns, nicht das angenehme Gefühl, das man empfindet, wenn man eine große Arbeit geleistet hat, wonach sich gut ruhen läßt. Nein, wir schließen die Augen und wagen kaum mehr zu atmen.

Um uns gabelt und schaukelt der ahnsinn: das Hirn hämmert, das Blut stockt, tief im Abgrund gähnt das Entsetzen. . . tangen die Kochgötinnen. . . Das sind die Gestalten, die mit grinsenden Blicken heraufschauen und uns zurufen: „Galt du, Rasse Mensch, so martern wir im Follen deine jämmerliche Seele und wir zerstückeln sie in die kleinsten Moleküle.“

Das Volk. . . wir schließen die Augen und wir wagen nicht mehr zu atmen. Die Sprache ist geraubt, das Blut fließt träge und tropfenweise nur, und nur die Phantasie lebt und quält uns: „Was wird nun werden?“

Was wird, wenn wir vollends körperlich und geistig versagen, wenn wir alle am Straßenrand betteln müssen, verzweifelt, verelendet, hungrig. . . ?

Und die anderen Menschen, jene in Glückstand, jubeln und pöbeln auf ihr Gold, das der Staat festhält, um Wohlstand zu verbürgen.

Was haben wir gesündigt? Was haben wir begangen? Sind wir Mörder gewesen oder andere Verbrecher?

Wir waren Menschen, wie die andern, teils Freidenker, teils Gottglaubiger. . . Aber Gott ist nirgends mehr zu finden. Er lebt in Amerika, bei den Jutes, bei den Kreolen. . . lebt in Frankreich. . . dort lebt er immer froh und vergnügt.

Wir aber sind gefesselt und bis zur Anhöhe geschleift und warten auf den ersten Todesstoß des dreißigköpfigen Scharfrichters.

Weshalb diese lang hingedehnte Qual? Erbarmt sich keiner dieser armen, unterernährten Köpfe?

Wir müssen weiter in Qualen uns verzehren, die letzte Substanz erschöpfen und dann. . . und dann. . . Der Henker der Geschichte weiß es. Das Volk ist des Schicksals gewärtig und schließt die Augen. . .

### Beethoven und Grillparzer.

Wenige Dichter haben ein so inniges Verhältnis zur Musik gehabt wie Grillparzer. Nur Berlioz, der in einem Aufsatz der „Deutschen Rundschau“, Grillparzer und die Oper behandelt, hebt nun die merkwürdige Tatsache hervor, daß der Dichter dem größten Musiker seiner Tage, Beethoven, doch stets mit einer gewissen Reserve gegenüberstand. Dabei ist er frühzeitig zu

Beethoven in ein persönliches Verhältnis getreten. Er lernte ihn bereits im Jahre 1803 im Hause seines Onkels Sonnensthrer kennen, als er selbst 14, der Meister 34 Jahre alt war. Etwas später wohnte dann die Familie Grillparzer im Sommer während eines Aufenthalts in Heiligenstadt bei Wien mit Beethoven in einem Hause, und in einer der folgenden Jahre waren beide gemeinsame Sommergäste in Döbling. Geistig iraten sie sich aber erst näher, als Beethoven im Herbst 1822 bei dem damals durch seine ersten Dramen berühmt gewordenen Grillparzer anfragen ließ, ob er für ihn einen Operntext schreiben wolle. Grillparzer wählte die Fabel der Metastase, die er schon früher für ein Kinderdrama verwendet hatte. Im Frühling 1823 übermittelte er Beethoven den Operntext, und wir wissen aus den auf uns gekommenen Gesprächen, daß der Dichter bescheiden zurücktrat und dem Komponisten freie Hand in der Umgestaltung des Librettos ließ. Sie kamen dann in den nächsten Jahren öfters zusammen, um sich über die gemeinsame Arbeit zu unterhalten. Über die Begeisterung Grillparzers für seine Arbeit ließ immer mehr nach und er gestand schließlich: „Ich verstehe mich so eigentlich auf Operntexte nicht.“ Die „Metastase“ ist auch wirklich kein echtes Werk Grillparzers, nicht nur von seinem Blut, und es ist daher begreiflich, daß Beethoven die Komposition der Oper nicht unternahm.

Die Gespräche Grillparzers mit Beethoven zeigen aber das seine Verständnis des Dichters für die Musik; so findet sich hier der Gedanke des Leitmotivs zum ersten Male in der Musikgeschichte ausgesprochen. Der innere Gegensatz des Dichters zu dem Schaffen des Musikers trat aber mit den Jahren stärker hervor, und 1834 erdichtete Grillparzer in vier Teilen „Beethovens nachträgliche Wirkung auf die Kunstwelt, ungeachtet seines hohen, nicht genug zu schätzenden Wertes“; er lehnte die gemachten Zusammenhänge, die überhörschen Sprünge, das gar zu oft eingemischte Longueueil und Gebrüll“ zugunsten des gefundenen und fangenen Schönheitsinnes ab.

Trotzdem schloß sich Grillparzer dem Meister innerlich tief verbunden. Als Schindler ihm die Nachricht vom Tode Beethovens überbrachte, war er tief erschüttert. „Da ist es einen starken Fall in meinen Innern“, sagt er in seinen Tagebuchaufzeichnungen, „die Tränen strömen mir aus den Augen.“ Und sein Bekenntnis zu dem großen Meister sagte er in die schlichten Worte zusammen: „Ich habe Beethoven eigentlich geliebt.“ Im offenen Grabe sprach ein Schauspieler die von Grillparzer verfasste Rede, und als der Denkstein auf Beethovens Grab enthüllt wurde, sprach dies mit einer anderen Rede Grillparzers, die mit den Worten schließt: „Darum sind ja von jeder Dichter gewesen und Helden, Sänger und Götterkinder, daß an ihnen die armen zerrütteten Menschen sich aufrichten, ihres Ursprungs gedenken und ihres Ziels.“

Wenige Dichter haben ein so inniges Verhältnis zur Musik gehabt wie Grillparzer. Nur Berlioz, der in einem Aufsatz der „Deutschen Rundschau“, Grillparzer und die Oper behandelt, hebt nun die merkwürdige Tatsache hervor, daß der Dichter dem größten Musiker seiner Tage, Beethoven, doch stets mit einer gewissen Reserve gegenüberstand. Dabei ist er frühzeitig zu

den alten Kinderärzten recht geben, die auf Verabreichung von Lebertran an das heranwachsende Kind den größten Wert legen. Auch die Befreiungen der Vegetarianer und deren, die rohe Speisen den gelochten vorziehen, erscheinen jetzt in einem ganz anderen Licht und erhalten ihre Berechtigung. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß Schwarzbrod gesünder sei als Weißbrod; man nahm an, daß die im Schwarzbrod enthaltenen Klebebestandteile den Darm zur Tätigkeit anregen. Heute wissen wir, daß beim Genuß von Schwarzbrod außerdem noch eine Zufuhr lebenswichtiger Nahrungsergänzungstoffe erfolgt.

Die wichtigsten Regeln für die Ernährung sind etwa die folgenden: Gestalte die Kost so abwechslungsreich wie möglich. Ob reichlich Gemüse, erziehe daselbe aber nicht unnötig hoch und lange. Wiehe das Brühwasser von den Gemüsen nicht fort und setze den Gemüsen niemals doppelholensaures Natron oder Soda zu. Gib den Kindern physiologisch hochwertige Fette wie Butter oder Butir. Verabreichte der stillenden Mutter viel Gemüse und möglichst Vollmilch. Versuche weber noch junge Tiere mit Rogermilch aufzuziehen. Genieße in der Regel Schwarz- oder Vollkornbrot.

Ameisenplage. Unsere deutschen Ameisen sind ziemlich harmloser Natur, aber seit der Mitte vorigen Jahrhunderts hat sich eine tropische Ameisenart bei uns eingenistet, die bereits durch ihre Bestrafigkeit viel Schaden angerichtet hat. Die kleine gelbrote Pharaonameise, Monomorium pharaonis, ist auf den Schiffen zu uns herübergekommen und hat sich im Lauf der Jahre so vermehrt, daß sie für unsere ohnehin schon knappen Lebensmittel eine direkte Gefahr bedeutet. Besonders auf Süßigkeiten, Zucker und Marmelade, aber auch auf Fleisch sind sie erpicht. In Krankenhäusern können sie gefährlich werden durch die Verschleppung von Eiter, Blut und Auswurf. Es wurde beobachtet, daß solche Ameisen auch Menschen, tuberkulöse Kinder und Erwachsene überfielen, ihnen in Mund, Nase, Ohren und Augen krochen.

Es empfiehlt sich, das Auftreten dieser ungeliebten Gäste so gleich der biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Berlin-Dahlem, Königin-Luisenstraße Nr. 17/19, mitzuteilen und sich dort kostenlose Auskunft über die beste Art der Bekämpfung zu erbitten.

Der Uranium. Infolge des außerordentlichen Interesses, dem der in der Urania, Tausend 48, erschienene Filmvortrag begegnet, finden am 10. Oktober, abends 8 und 9<sup>1/2</sup> Uhr, daselbst zwei Wiederholungen statt.

Die Galerie J. Kalber, Raststättenbamm 233, eröffnet ihre Herbstausstellung mit Rodentonen von A. Vortier-Dubapet.

Der Briefwechsel des letzten Sarenbaares. Unter dem Titel „Briefwechsel zwischen Nikolai und Alexandra Romanowa“ erscheint in Moskau demnächst ein vierbändiges Werk, das alle Briefe und Telegramme enthält, welche Zar Nikolai II. und die Zarin Alexandra ausgetauscht haben. Darunter, wie der D. O. G. G. mitteilt, lese diese, die in den im Ausland erschienenen Ausgaben nicht enthalten sind. Der 3. Band, der die Briefe der Jahre 1914 und 1915 enthält, erscheint zuerst.



## Die Industrie kauft Zeitungen.

Die „Germania“ soll verflüchtigt werden.

Die energische Haltung, die das Zentralorgan der Zentrumsparlei, die „Germania“, in den politischen Streitfragen der letzten Zeit eingenommen hat, hat, wie wir erfahren, bei den Besitzern der „Germania“ eine Bewegung ausgelöst, künftig stärkeren Einfluß auf die redaktionelle Haltung des Blattes zu nehmen. Das Steuer soll nach rechts herumgeworfen werden. Diese Gruppe versucht deshalb die Mehrheit der Anteile zu erwerben, die ihnen einen entscheidenden Einfluß im Aufsichtsrat der „Germania“ sichert. Der Führer dieser Bewegung ist der rheinische Großindustrielle Florian Klöcker, der bis vor kurzem dem Aufsichtsrat der „Germania“ angehört, jetzt aber ausgestiegen ist.

Zu welchem Zweck diese Einflußnahme der Industrie auf die Presse erfolgt, ist jedermann bekannt. Zuweilen wird es aber noch für Begriffsstutzige doppelt und dreifach unterstrichen. Vor uns liegt ein Schreiben der „Mitteldeutschen Verlagsaktiengesellschaft“ in Halle an eine Industriefirma, worin es u. a. heißt:

„Hervorragende Träger des mitteldeutschen Wirtschaftslebens haben bereits vor längerer Zeit die Notwendigkeit erkannt, ein Organ zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu haben. Deshalb ist unter namhafter Interessennahme der Industrie die Otto Hendel G. m. b. H. erworben worden, in deren Verlag die „Allgemeine Zeitung“ erscheint. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse lassen eine taustätige Vertretung der Industrie durch die Presse notwendiger erscheinen als je. Die „Allgemeine Zeitung“ hat sich bisher ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt. Sie würde aber noch Großeres wirken können, wenn diejenigen Kreise, für die sie kämpft, mit dem gleichen Eifer für ihr Blatt tätig sein würden wie die Kommunisten. Deshalb bitten wir diejenigen unserer Freunde, denen es bekannt ist, daß die „Allgemeine Zeitung“ für Mitteldeutschland in Halle der Industrie als ihre eigene Schöpfung näher steht wie jede andere Zeitung des Gebietes, zur Verbreitung dieses Wissens beizutragen.“

An dem Konzern, der dieses mitteldeutsche Blatt aufkauft hat und hier so ausdrücklich um Unterstützung wirbt, ist unseres Wissens Stinnes in hervorragendem Maße beteiligt. Er spricht mit rücksichtsloser Offenheit aus, daß die von den Konzernen aufgekaufte Presse die „Interessen der Industrie“ vertreten soll. Landauf, Landab hat der Industriepolyp große bürgerliche Blätter in seinen Dienst gestellt. Jetzt soll, wenn unsere Information richtig ist, auch die „Germania“ daran glauben, die als Vertreterin der katholischen Weltanschauung sich bisher eine verhältnismäßige Unabhängigkeit des Urteils gewahrt hatte. Was Stinnes bei der Volkspartei, ist der Klöcker-Flügel im Zentrum. Und da bekanntlich der Profit interkonfessionell ist, so werden sich die Großindustriellen Stinnes und Klöcker leichter verständigen, als das leider bei den Arbeitern der Fall ist. Die Industrialisierung der Presse aber zeigt allen Arbeitnehmern, wie ungemein wichtig für sie eine von kapitalistischen Einflüssen freie Presse ist. Sie sollten deshalb alles daran setzen, um sich diese unabhängige Presse zu erhalten. Erleben sie doch täglich, wie gleichzeitig aus zahllosen Presseblättern die Angriffe gegen den Achtsundentag, gegen den „Marxismus“, kurz gegen alle sozialen Gedanken auf sie geschleudert werden. Wenn sie diesem Ansturm widerstehen sollen, ist es dreifach notwendig, in der Werbung für die sozialdemokratische Presse nicht zu erlahmen.

## Arbeiterfront in Bayern.

Die christlichen Arbeiter gegen v. Kahr.

München, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Schon seit längerer Zeit ist festzustellen, daß die bayerischen Regierungsmethoden unter Knilling gerade in der christlich organisierten Arbeiterschaft einen immer härteren Kritiker und Gegner finden. Die Ursache dieser Gegnerschaft liegt in der wohlwollenden Duldung und Förderung jener zahllosen sogenannten bayerischen Vereine und Verbände, deren außerparlamentarische Machtausübung auch den christlichen Gewerkschaften als eine außerordentliche Gefahr für die Staatsautorität und für die Einheit des Reiches erscheint. Das südbayerische Kartell der christlichen Gewerkschaften nahm deshalb Stellung zu der jetzigen politischen Entwicklung in Bayern, wobei von allen Seiten die größten Bedenken gegen die Diktatur Kahr ausgesprochen wurde, da diese die Gerechtigkeit gegenüber allen Ständen und Schichten der Bevölkerung vermissen lasse. Eine besonders scharfe Kritik wurde an dem Stillschluß des Herrn v. Kahr geübt, das vergangen wurde mit der berüchtigten Justizhausvorlage. In einem Schreiben an das Generalkonsultationsamt ist deshalb die Aufhebung dieser Verordnung verlangt worden. Es wurde ferner beschloffen, eine Deputation zu dem Sozialminister Oswald, einem früheren christlichen Arbeitersekretär, zu senden, da Herr v. Kahr sich persönlichen Vorstellungen der Arbeiter gegenüber hermetisch abschließt. Der Deputation wurde die Aufgabe zuteil, dem Sozialminister die Stimmung der christlich organisierten Arbeiterschaft über die einseitige Vorkommensordnung des Generalkonsultationsamts, die als eine ungerechtfertigte Unterdrückung der Arbeiter empfunden wird, zur Kenntnis zu bringen. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben übrigens berechtigten Grund zu der Annahme, daß die Streikverordnung von Kahr ohne Wissen des Sozialministers verhängt wurde, so daß also die jüngste Behauptung Knillings, daß alle Maßnahmen des Generalkonsultationsamts im engsten Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien erlassen würden, in etwas eigenartiger Weise erscheint. Bezeichnend ist auch, daß die rechte Hand Kahr im Generalkonsultationsamt ein Herr von Aufsch ist, derselbe, der als Führer der bayerischen Arbeiterbewegung vor einiger Zeit den Satz prägte: „Wir haben eine Schweinefleischwirtschaft in Deutschland, kein Wunder, denn in Berlin oben ist alles verrotten und verfaul.“

Bemerkenswert ist, daß die Kartellversammlung der christlichen Gewerkschaften im bewußten Gegensatz zur bayerischen Regierung dem Herrn v. Kahr folgendes Treugelöbnis zur Weimarer Versammlung abgelegt hat:

„Die christlich-nationale Arbeiterschaft steht fest auf dem Boden der Reichsverfassung, die zwar für sie kein Dogma ist, die aber, wenn sie geändert werden soll, nur auf legalem Wege geändert werden darf. Die Verfassung von Weimar hat in verschiedenen ihrer Artikel so ausgesprochen christliche und soziale Tendenzen, daß es für die christliche Arbeiterschaft geradezu selbstverständlich ist, dieser Verfassung nicht etwa höflich gegenüberzutreten, sondern sie richtig kennen zu lernen und sie infolge dieser Kenntnis auch zu verteidigen.“

Hungerstreik in Moskau. Wie uns mitgeteilt wird, ist einer der Führer der Partei der linken Sozialrevolutionäre, Jakob Braun, der in einem Moskauer Gefängnis interniert ist, vor fünf Tagen in den Hungerstreik getreten. Genosse Ledebour hat sich in dieser Angelegenheit an den russischen Gesandten Kreftinski mit einem Schreiben gewendet.

## Das Versehen.

Man schreibt uns:

Ein mit Rentenauszahlung beauftragter Posthilfsschaffner zahlte Milliarden statt Millionen aus. Ich will's glauben; andere vielleicht auch, und wieder andere werden's bezweifeln und von Unreue sprechen. Kein Mensch aber wird glauben, daß die Auszahlung einer Belohnung die Empfänger der Mehrbeträge zur Rückgabe veranlassen wird, wenn nicht gerade Mitwisser vorhanden sind, die gefährlich werden könnten. — Ein Posthilfsschaffner war's ja nur, also ein Mensch, der in den Augen vieler schon infolge seines geringen Einkommens verdächtig genug erscheint, den Fehlbetrag unterschlagen und hinsichtlich der Auszahlung ein Märchen erfunden zu haben. — Warum löst man den Mann in solchen Verdacht geraten; warum beauftragt man Posthilfsschaffner mit nervenanregender Auszahlung so großer Beträge? Warum setzt man nicht einen Beamten mit höherem Einkommen hin, der sich besser ernähren und damit auch bessere Nerventrast erzeugen kann? Oder sind die vielen überzähligen Oberbeamten, die nicht wissen, wie sie die Dienststunden totschlagen sollen, unfähig, das schmutzige Papiergeld zu meistern? Löst doch die Postinspektoren und -oberinspektoren, Vizeregatoren und wie sie alle heißen, endlich auch einmal praktische Arbeit am. Setzt sie auch an den Schalter oder an den Zählstisch, anstatt eines Hilfs- oder Unterbeamten nachsichernd durch ein Viertelstündchen oder mehr kontrollierende Oberbeamte „beaufsichtigen“ zu lassen, deren Aufsicht (wie dieser Fall beweist) nicht einmal praktischen Wert hat! — Warum löst man bei den Rentenauszahlungen nicht einen Oberbeamten mit einem unteren zusammenarbeiten? Oder sind sie zu gut, mit dem rentenempfangenden „Pöbel“ in Berührung zu kommen?

## Die „Sprengbombe“.

Grober Unfug im Portal des Börsegebäudes.

Das Gerücht von einem Bombenanschlag auf das Berliner Börsegebäude verursachte in den letzten Tagen in den Kreisen der Börsenbesucher erhebliche Unruhe. Der Sachverhalt ist, wie uns mitgeteilt wird, folgender: Am 2. d. M. um 7 Uhr morgens fand eine Rentenauszahlung am Eingang der Börse in der St.-Wolfgang-Straße, zwischen Burg- und Helligkeitstraße, zwischen den Pfeilern ein Paket, aus dem eine angebrannte Schnur herausragte. Sie meldete den verdächtigen Fund und das Paket wurde nach der Alexanderkaserne gebracht und hier untersucht. Es ergab sich, daß es eine offene Konservendbüchse war, die ein paar Nägel und ein Lütchen mit Schwarzpulver enthielt. Eingewickelt war die Büchse in Jolietdraht, wie man ihn bei elektrischen Klingeleitungen verwendet. Mit dieser Umwicklung hatte die Büchse einen Umfang von 15—20 Zentner. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß, wenn ein Anschlag auf das Börsegebäude geplant war, der Täter jedenfalls das denkbar ungeeignetste Werkzeug benutzte hätte. Wenn auch die Schnur ganz abgebrannt wäre, so hätte die geringe Menge Schwarzpulver doch niemals eine Explosion der Büchse verursachen können. Von einem ernsthaften Anschlag auf das Gebäude kann also keine Rede sein. Wahrscheinlich handelt es sich um einen groben Unfug. Ob ihm irgendwelche politischen Beweggründe zugrunde liegen, wird von der Abteilung I A des Polizeipräsidiums noch untersucht.

## Milliardenfälscher im Nebenberuf.

Wegen Fälschungszettel wurde ein 22 Jahre alter Buchdrucker W. K. K. verhaftet, der bei seiner Mutter in der Wiener Straße 25 wohnte. Koppe war seit Jahren in einer hiesigen Druckerei beschäftigt, die im Auftrage der Reichsbank Banknoten druckt. Die Druckerei hatte auch 1000-Mark-Scheine mit dem Datum 15. 10. 22 hergestellt, die wegen der Geldentwertung von der Reichsbank nicht ausgegeben wurden. Die Reichsbank verwandte jetzt festsitzende Scheine durch roten Aufdruck in 1-Milliarde-Scheine. Es sind das die einzigen von der Reichsbank aufgewerteten und in den Verkehr gebrachten Noten. Koppe hatte nun in der Druckerei einen Bogen mit 32 Stück gestohlen und mit nach Hause genommen. Als er sah, daß die Reichsbank die eingezogenen Scheine in Milliardennoten aufgehöhlt hatte, machte er es ihm mit gestohlenen Scheinen nach. Gestern schnitt er den Bogen auf und gab seiner Mutter einige Scheine zum Einkaufen. Als sie sie in der Kaufher Straße in Zahlung gab, wurde die Fälschung sofort entdeckt, weil Koppe den Aufdruck verkehrt aufgesetzt hatte. Die Frau wurde der Fälschungsbeteiligung der Kriminalpolizei vorgeführt und Beamte nahmen sofort eine Hausdurchsuchung vor, weil sie erklärte, daß sie die Scheine von ihrem Sohne bekommen habe. Diesen überprüften die Beamten dabei, als er seinen Vorrat gerade in den Ofen gesteckt hatte, um ihn zu vernichten. Er hatte Verdacht geschöpft, weil seine Mutter vom Einkauf nicht zur rechten Zeit zurückkehrte. Zunächst feignete er noch, wurde aber bald überführt, weil die Beamten aus der Asche nach Resten der verbrannten Scheine herausholten. Nach einem Verhör auf dem Polizeipräsidium wurde Koppe dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Seine Mutter wurde entlassen, weil sie von der Fälschung des Sohnes nichts wußte.

## Ein Ueberfall im Köpenicker Wald.

Ein Räuber wurde von seinem Opfer auf der Straße in Köpenick erlitten und festgenommen. Bei einer Frau Broschat in Gröhewald erschien kürzlich ein Mann, der ihr mitteilte, er habe im Auftrage ihres Ehemannes einen Zentner Gerste gekauft und halte ihn zur Abnahme bereit. Er erbot sich den Kaufpreis von 900 Millionen. Frau Broschat steckte das Geld ein und machte sich mit dem Manne auf den Weg, um die Gerste abzuholen und beim Empfang zu bezahlen. Im Walde, durch den der Weg führte, zog der angebliche Beauftragte plötzlich ein Dolchmesser und verlangte unter Drohungen die Herausgabe des Geldes. Frau Broschat blieb nichts anderes übrig, als es ihm zu überlassen, und der Räuber verschwand damit in die Büsche. Gestern kam die Frau in Gröhewald nach Köpenick. Hier befragte ihn der Räuber auf der Straße. Sie erkannte ihn wieder und ließ ihn von der Polizei festnehmen. Der Verhaftete räumte den Ueberfall ein und wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Es ist ein 33 Jahre alter Arbeiter Oskar Schred. Das Geld hatte er natürlich ausgegeben.

## Markenfreies Brot 76 Millionen.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß allein am gestrigen Tage der Weizenpreis um fast 1 Milliarde gestiegen ist — Roggenmehl kostete 44 und Weizenmehl 48 Millionen der Doppelzentner — sieht sich der Zwangsverband der Bäckmeister Groß-Berlins genötigt, wie er mitteilt, am morgigen Mittwoch, den 10. Oktober, den Preis für das markenfreie Brot auf 76 und für die Schrippe auf 3 Millionen Mark zu erhöhen.

## Ein gefährlicher Frauenarzt.

Ein 32 Jahre alter Herbert Dathe, der sich Schriftsteller und Ingenieur nennt, trat während des Krieges als Stabsarzt auf und „behandelte“ u. a. eine Offiziersfrau mit dem Erfolge, daß sie an den Folgen der Behandlung starb. Nach Verbüßung einer längeren Gefängnisstrafe nahm er sein Treiben wieder auf und „praktizierte“ zuletzt in der Buxenwälder Straße als Spezialarzt für Frauenleiden. Eine Nervenkranke, die sich ihm anvertraut hatte, beschuldete er in Abwesenheit ihres Mannes in der Wohnung und verarbeitete ihr mehrere Spritzen eines Gefährungsmittels. Nachdem sie bewußtlos geworden war, sah er Milliardenwerte an Silber- und Schmucksachen und verschwand damit. Dathe ist Morphinhin. Nach Genuß einer großen Menge dieses Giftes brach er in einer Wirtshaus in der Nähe des Bahnhofs

Bahnhofes zusammen und wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Hier erzählte er im Morphiumrausch selbst seine Tat. Die Kriminalpolizei, die ihm bereits auf der Spur war, nahm ihn wieder fest, mußte ihn aber einstweilen im Krankenhaus lassen. Auch die von ihm behandelte Frau liegt schwer krank darnieder.

## Die Pflichten der öffentlichen Werke.

Richtlinien des Reichskommisars für die Kohlenverteilung.

In den letzten Wochen hat sich gegen die Preispolitik der öffentlichen Werke ein Sturm der Entrüstung erhoben, und es sind vielfach Klagen wegen der nach Ansicht der Verbraucher unberechtigten Einziehung der Entgelte angefertigt worden. Nunmehr hat sich der Reichskommisars für die Kohlenverteilung, Geheimrat Stuts, mit dieser Angelegenheit beschäftigt und Richtlinien zur Rotverordnung vom 29. September erlassen, die in bezug auf die Rechte, aber auch die Pflichten der öffentlichen Werke folgende Einzelheiten enthalten:

„Die Rotverordnung vom 29. September soll bei den der Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität sowie Dampf und mechanischer Arbeit dienenden Werken die schwere, ihren Betrieb unmittelbar gefährdende finanzielle Belastung im Allgemeininteresse unerschädlich machen, die ihnen angesichts der sprunghaften Geldentwertung der letzten Zeit aus ihren Verpflichtungen zur Vorausleistung an ihre Abnehmer erwächst. Die Werke müssen ihrerseits Betriebsstoffe, Löhne und Gehälter ganz oder teilweise voraus oder jedenfalls innerhalb weniger Tage nach Erhalt der Leistung bezahlen. Auch ihre sonstigen Selbstkosten (Rücklage und zum Teil Zinsen) sind mit der Geldentwertung besonders rasch gestiegen. Demgegenüber erhöhen bisher die Werke nach dem allgemein üblichen Lieferungsbedingungen den Gegenwert für ihre Vorausleistung erst erheblich später. Sobald die Geldentwertung, wie in letzter Zeit, ein rasches Tempo annimmt, können die Werke aus diesen verspäteten Zahlungen ihrer Abnehmer häufig nur noch einen Bruchteil ihrer laufenden Selbstkosten decken, um so mehr, als in sehr vielen Fällen das Betriebskapital aufgezehrt oder gegenüber der dauernd steigenden Höhe der Selbstkosten belanglos geworden ist. Eine Fortdauer dieses Zustandes bedeutet für die Werke die vollständige Aufzehrung des Betriebskapitals und der Substanz selbst und führt damit die unmittelbar drohende Gefahr eines finanziellen Zusammenbruchs der Werke und der Einstellung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung der Bevölkerung herbei. Dieser Kollaps soll durch die neue Verordnung im Wege einseitiger Anordnungen rascher und weitergehend begegnet werden können, als es bisher der Fall war. Die neue Verordnung bezweckt besonders Maßnahmen, die infolge der größeren Zeitspanne zwischen Lieferung und Zahlungseingang eintretende Lücken auszufüllen und die Werke belassende Geldentwertung nach Möglichkeit ausgleichen sollen. Als solche Maßnahmen kommen vor allem in Betracht Forderung der Zahlungen- und Lieferungsbedingungen dahin, daß

1. für die Berechnung der Kohlenpreise für Strom, Gas usw. der Geldwert am Tage des Zahlungseinganges zugrunde gelegt wird, der etwa nach dem an diesem Tage geltenden Gekaufspreis der Betriebsmittel, insbesondere der Kohle, oder einem anderen geeigneten Index zu berechnen wäre, bzw. daß ein Friedens- oder Goldpreis mit einem geeigneten Index veranschlagt wird.

2. Die Ableitung des Verbrauchs und damit die Preisberechnung in kürzeren Zeiträumen (etwa für 8 bis 10 Tage) vorgenommen werden kann.

3. Vorschüsse, Vorauszahlungen oder häufigere Abschlagszahlungen von den Abnehmern verlangt werden können; soweit dies in Frage kommt, wird für die Bemessung der dadurch abgegolten Lieferungsgegenstände der am Tag des Zahlungseinganges gültige Preis anzusetzen sei.“

## Um ein Obdach zu erlangen!

Einer, der sich des Mordes bezichtigt.

Unter der Selbstbeschuldigung, einen Mord begangen zu haben, hat sich ein 22 Jahre alter Koch Karl Nagel aus Hamburg auf dem Revier 62 der Kriminalpolizei gestellt. Nagel fuhr früher als Koch zur See, kam aber herunter und hielt sich in der letzten Zeit ohne Arbeit und Wohnung in Berlin auf. Wie er sagt, war er mit einer 24 Jahre alten aus Karstadt in Schlesien gebürtigen Hildegard Orshoff verlobt, die sich in der letzten Zeit in Dortmund aufhielt. Kürzlich besuchte ihn die Braut in Berlin. Am 5. September fuhr er mit ihr nach Friedrichshagen. Dort ermordete er sie, wie er angibt, indem er sie würgte und dann in den Müggelsee warf. Nach der Tat fuhr er zu seinem Vater nach Hamburg, ohne sich ihm jedoch zu offenbaren und lehrte dann nach Berlin zurück. Angeblich von Gewissensbissen geplagt, stellte er sich nun der Kriminalpolizei. Beamte des Reviers und des Wasserbüros nahmen in Berlin-Friedrichshagen die Nachforschungen auf, die aber bisher noch kein Ergebnis hatten. Ob die Angaben des jungen Mannes richtig sind, erscheint noch zweifelhaft, um so mehr, als er jetzt erklärt, daß er über Einzelheiten seiner Tat nur vor dem Untersuchungsrichter Aussagen machen wolle. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Wohnungstafel sich mit seiner Selbstbeschuldigung nur ein Obdach im Untersuchungsgefängnis beschaffen will.

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 8. Oktober 1923 ab bis auf weiteres zum 55 Millionenfachen Betrage des Nennwertes.

Tarifserhöhung auch bei den Autobussen. Dem Beispiel der übrigen Berliner Verkehrsunternehmen folgend, erhöht die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft vom morgigen Mittwoch ab die Tarife für die Autobusse auf 10 Millionen für die Teilstrecke und 12 Millionen für die ganze Fahrt.

Die Laubentkolonisten wetteifern miteinander, den Bedürftigsten der Berliner Bevölkerung zu helfen und ihnen von ihren Ernten mitzutun. Alle diese Vereine haben in herzlichster Weise ihre Gaben verteilt und die zu Bescheidenden in freundschaftlicher und herzlich bewirteter. Allen wurde immer wieder der Dank der Gabenempfänger zuteil. Wie beschränken uns im folgenden darauf, kurz die Vereine zu nennen, die in so menschenfreundlicher Art gehandelt haben. Die Kriegsbekämpften- und Kriegsteilnehmer „Solid“ in Brix besetzte 55 Sozialrentner, der Pflanzerverein „Wildeinstrand“ teilte seine Gaben 32 Bedürftigen mit, der Pflanzerverein am Wasserturn in Reinickendorf-Ost, ferner der Pflanzerverein Schlosspark E. in Pankow und auch der Pflanzerverein Ostsee im Bezirk Prenzlauer Berg haben sich hier in hervorragender Weise betätigt.

Die Laubentkolonisten des Bezirks Prenzlauer Berg schlossen mit 2 wohlwollenden Ausstellungen von Bodenprodukten und Erzeugnissen von Obstbäumen, ihre Bestellung von Lebensmitteln ab. Ueber 1500 Unterschlösser, unter denen die ärmlen ausgewählt wurden, wurden von den Vereinen Steurhaus, Hermannsheim, Norden 1, Norden 2, Hindenburg, Kartoffelstelle Jungfernhöhe, Friedenthal u. a. beschenkt.

Der Leiter reichsdeutsch-deutscher Volkshilfe teilt mit: Der Vorstand Dr. Williger über die Neidlage der Deutsch-Amerikaner in Deutschland welcher für Sonnabend, den 13. d. Mts., im Reichstagsgebäude geplant war, wird wegen Unkenntnis des Reichstages auf Sonnabend, den 10. November verschoben.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Weill trübe mit Regenschauern und aufziehenden, von Südwest nach West drehenden Winden, etwas milderer Nacht und wenig veränderter Tagestemperaturen.



